Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Bundesamt für Polizei
Stab für internationale Entwicklung
und Krisenmanagement (SINDEC)
Herr Arnold Bolliger, Vizedirektor
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

19. August 2008

Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI über die Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen Strafverfolgungsbehörden (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 20. Mai 2008 hat uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eingeladen, zum erwähnten Bundesbeschluss beziehungsweise zum Bundesgesetz über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten (Schengen-Informationsaustausch-Gesetz, SlaG) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Einladung und äussern uns mit dem vorliegenden Schreiben zum Thema.

1. Grundsätzliche Zustimmung zur Umsetzung der Schwedischen Initiative sowie Rechtslage im Kanton Solothurn

Das von der Schwedischen Initiative verfolgte Anliegen, den polizeilichen Informationsaustausch zu vereinfachen, begrüessen wir. Am 15. Mai 2007 hat der Kantonsrat unter anderem eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23. September 1990 (KapoG; BGS 511.11) beschlossen. Die neue Bestimmung des § 19 KapoG erlaubt es der Kantonspolizei, im Rahmen des Bundesrechts auch mit Stellen des Auslandes zusammenzuarbeiten. Diese Rechtsgrundlage dient der Umsetzung des erwähnten Anliegens. Die Bestimmung ist seit dem 1. Oktober 2007 in Kraft. Im Kanton Solothurn besteht somit kein weiterer Rechtsetzungsbedarf.

2. Das SlaG

Wir stimmen sämtlichen Bestimmungen des SlaG zu. Einzig die in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a. genannte Frist von 8 Stunden, in welcher dringende Ersuchen zu beantworten sind, könnte sich im

Einzelfall unter Umständen als allzu knapp erweisen. Die ersuchende ausländische Stelle hat sich an das Bundesamt für Polizei (fedpol) zu wenden. Fedpol muss das Ersuchen umgehend an die kantonale Polizeistelle weiterleiten. Diese hat die gewünschte Information allenfalls auf-zubereiten und anschliessend an fedpol weiterzuleiten. Absatz 2 enthält die Möglichkeit, die kurze Frist auf drei Tage zu erstrecken; dabei handelt es sich um eine praktikable Lösung, welche unseren Bedenken Rechnung trägt.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

Esther Gassler

Frau Landammann

sig.

Andreas Eng

Staatsschreiber